

Anwohner wollen Autobahnstück verhindern

Bürgerinitiativen kritisieren Entwurf / Behörde: Maximal ein Grundstück könnte enteignet werden

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Der Wintergarten von Rita und Günther Hallwas ist voll belegt, ein Sitzkreis mit Kaffee und angespannten Gesichtern. Zehn Nachbarn haben sich in der Bürgermeister-Mohr-Straße versammelt und die Presse eingeladen. Gekommen sind Anwohner aus Huckelriede und aus der Wolfskuhlensiedlung, außerdem Vertreter der Kleingärtenvereine vor Ort. Alle sind Unterstützer der Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281.

Die Anwohner machen sich Sorgen. „Dieses Haus ist unsere Altersvorsorge – keine B6n durch unsere Siedlung“, steht auf einem Schild an einem Holzbrunnen im Garten der Hallwas. „Wir befinden uns hier quasi im Herzen des Bebens“, sagt Norbert Breeger, Sprecher der Bürgerinitiativen, nicht ohne Dramatik. „Die Menschen gehen hier auf die Barrikaden.“

Breeger geht davon aus, dass die jüngsten Pläne des Bundes dafür sorgen werden, dass Wohnhäuser östlich des Flughafens der neuen Bundesstraße 6 nach Brinkum zum Opfer fallen. „Es drohen Enteignungen von acht bis zehn Grundstücken.“

Seit Jahren ringt man in Bremen darum, dass endlich der Ringschluss der Autobahnen um die Stadt verwirklicht wird. Ziel ist, dass weniger Fernverkehr durch die Innenstadt und durch die Wohngebiete an der Neuenländer Straße fließen muss. Und dass Firmen – zum Beispiel im Güterverkehrszentrum – direkt über die Autobahn erreichbar sind. Dafür soll die A 281 im Westen durch einen Wesertunnel geführt und in der Neustadt verlängert werden. Die Anwohnerinitiativen, die sich in der Wolfskuhlensiedlung versammelt haben, wollen das Autobahnstück in der Neustadt verhindern – ebenso wie den Entwurf für die B6, für die sich nun der Bund ausspricht.

Bremen hatte dem Bund drei Varianten für den Verlauf der B6 präsentiert: einen teuren Tunnel unter dem Flughafen, einen etwas günstigeren halb offenen Tunnel und eine viel günstigere oberirdische Umfahrung. Bremen hatte den teuren Tunnel befürwortet, doch die rund 150 Millionen Euro mehr dafür will der Bund nicht zahlen. Im aktuellen Entwurf des Verkehrswegebauplans von Mitte März befürworteten Vertreter des Bundes die Umfahrung.

Die Vertreter der Bürgerinitiativen haben sich einen eigenen Verkehrsplan ausgedacht: Wenn man das Autobahnstück in der Neustadt weglasse und nur die Anschlüsse der Neuenländer Straße ausbaue, könne man Geld sparen. Mit der eingesparten Summe könne dann der teure Tunnel finanziert werden, rechnen sie vor.

Die Verkehrsbehörde weist den Vorschlag als rechtlich nicht zulässig zurück: Schon jetzt sei die Neuenländer Straße durch zu viel Verkehr belastet, schon jetzt würden dort Lärm- und Abgasgrenzwerte überschritten, sagt Behördensprecher Jens Tittmann. Er gibt zugleich eine klare Entwarnung: „Die B6-Variante, für die sich der Bund ausspricht, führt fast nur durch Grüngebiete und nicht durch Wohnsiedlungen“, so Tittmann. „Es wird keine Enteignungen geben, diese Variante ist rechtssicher.“ Es könne höchstens notwendig werden, Teile eines einzigen Grundstücks zwischen Arster Damm und Neuenländer Straße zu enteignen. Zudem wolle Bremen selbst noch einmal alle drei beim Bund eingereichten Varianten bewerten. Noch ist keine beschlossen.

Die geplante neue Bundesstraße 6 von der A 281 zur A1 in Brinkum soll die Kattenturmer Heerstraße entlasten. Auf ungenaueren Übersichtskarten sieht es so aus, als führe der Bogen der roten Umfahrungsvariante der B6 durch ein Wohngebiet – die Verkehrsbehörde versichert, dass dies nicht der Fall sei.



So soll ein Teil des Bauprojekts im Verlauf der neuen A 281 aussehen. **Anleitung zur Live-App auf Seite 2.**